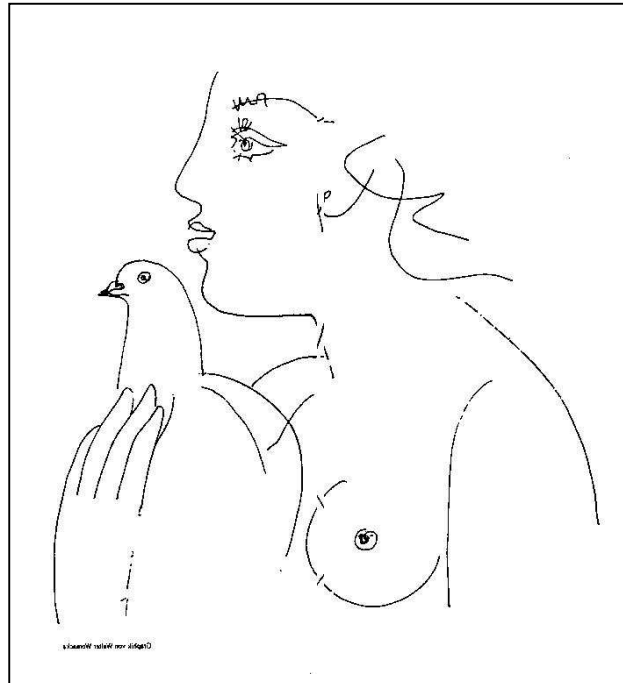


# **Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion**

Zentraler Arbeitskreis Frieden der  
Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 21



## **Geschichte und Verantwortung**

**1945      2005**

### **Von Jalta nach Potsdam**

**Teil I.: Die Konferenz von Jalta**

von

**Dr. Werner Baumgärtel**

Redaktionsschluss: 15. Juli 2005

---

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.  
Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin  
Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de

Vom 4. bis 11. Februar 1945 fand in Jalta auf der Krim eine Konferenz der Chefs der Drei Alliierten Mächte Sowjetunion, Vereinigte Staaten von Amerika und Großbritannien statt. Der Ministerpräsident Großbritanniens, Winston Churchill, der Präsident der Vereinigten Staaten, Franklin D. Roosevelt, und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Josef W. Stalin, setzten bei diesem Treffen den Meinungsaustausch über die Zusammenarbeit der Drei Mächte im Kriege und das gemeinsame Vorgehen bei der Sicherung eines dauerhaften Friedens nach der endgültigen Niederwerfung des nationalsozialistischen Deutschen Reiches und seiner Verbündeten fort. Dieser hatte bereits in den Beratungen der Moskauer Außenministerkonferenz (19.-30. Oktober 1943) und der Teheraner Konferenz der Chefs der Drei Alliierten Mächte (28. November bis 1. Dezember 1943) im Mittelpunkt gestanden und zu einer grundsätzlichen Übereinstimmung in einer Reihe wichtiger Fragen geführt. Zugleich ließen beide Konferenzen aber auch wesentliche Gegensätze in den Positionen der UdSSR einerseits und der USA und Großbritanniens andererseits erkennen, die auf der Krimkonferenz zu harten diplomatischen Auseinandersetzungen und bis an den Rand des Scheiterns führen sollten. Die wichtigsten auf der Konferenz erzielten Übereinkommen sind im „Bericht über die Krimkonferenz“ (Krimdeklaration), im „Übereinkommen betreffend den Eintritt der Sowjetunion in den Krieg gegen Japan“, im „Protokoll über deutsche Wiedergutmachungen“ sowie in dem „Protokoll der Verhandlungen der Krimkonferenz“ (unterfertigt von E. R. Stettinius jr., Molotow und Anthony Eden) enthalten. Darüber hinaus liegen die (einseitigen) Niederschriften der Verhandlungen und Gespräche vor, die nach dem Kriege von der UdSSR und den USA veröffentlicht wurden.

\* \* \*

Für das Verständnis des Verlaufs der Konferenz, des Auftretens der Staatsmänner und ihrer Begleitung und nicht zuletzt der Ergebnisse des Treffens ist es angebracht, sich die militärisch-politische Lage zu vergegenwärtigen, die sich zu Beginn 1945 im Ringen mit den Achsenmächten Deutschland, Italien und Japan herausgebildet hatte.

Zum Zeitpunkt des Treffens von Teheran war die Wende des Krieges vollzogen. Nach dem entscheidenden Sieg der Roten Armee in der Schlacht um Stalingrad hatte Hitlerdeutschland in der Schlacht von Kursk vergeblich versucht, erneut in die Offensive zu gelangen. Die Initiative im Krieg war unwiderruflich in die Hände der Alliierten übergegangen. Aber noch hielten die Achsenmächte und ihre Verbündeten große Teile Europas besetzt. Unter japanischer Okkupation befanden sich Teile Chinas, Indonesiens und Indochina, Malaysia, die Philippinen sowie Inselgruppen im Pazifischen Ozean.

Im Dezember 1943 beginnt mit der sowjetischen Winteroffensive die Befreiung der vom faschistischen Deutschland besetzten sowjetischen Territorien und Osteuropas. Im Verlauf ihres opferreichen Siegeszuges erreicht die Rote Armee Ende 1944 die Grenzen des Deutschen Reiches. Der Vormarsch der sowjetischen Truppen wird von der Mehrheit der Bevölkerung der besetzten sowjetischen Gebiete und der ost- und südosteuropäischen Länder aktiv unterstützt. Es entsteht eine Partisanenbewegung, aus der in Jugoslawien, Albanien und Polen nationale Befreiungsarmeen hervorgehen.

Den Höhepunkt des Partisanenkampfes auf sowjetischem Gebiet bilden die Kämpfe in Weißrussland. Im Vorfeld der Sommeroffensive 1944 gegen die deutsche Heeresgruppe Mitte zündeten 150 000 Partisanen in der Nacht vom 19. auf den 20. Juni 1944 gleichzeitig rund 10 000 Sprengsätze an Eisenbahnen, Brücken und Nachrichtenverbindungen im Gebiet zwischen Dnjepr und der Gegend westlich von Minsk. Zugleich wurden flächendeckend deutsche Versorgungslager angegriffen. Das war der größte Sabotageakt des Krieges. Insgesamt operieren etwa 250 000 Partisanen in den ausgedehnten Wald- und Sumpfgebieten Weißrusslands. Sie sind generalstabsmäßig organisiert und werden aus der Luft mit Nachschub versorgt.

Unter dem Eindruck der militärischen Erfolge der Sowjetunion wechseln ehemalige Verbündete der Achsenmächte die Front. Nach dem Sturz Antonescus erklärt Rumänien Hitlerdeutschland am 25. August 1944 den Krieg. Ihm folgt nach Beginn eines Volksaufstandes am 9. September 1944 Bulgarien. Nach dem Versuch Horthys, einen Waffenstillstand mit der Sowjetunion zu vereinbaren, zwingen

die deutschen Besatzungsorgane zusammen mit der ungarischen faschistischen Pfeilkreuzlerpartei am 15. Oktober 1944 das ungarische Staatsoberhaupt zur Abdankung. Nach schweren Kämpfen und hohen Verlusten der Zivilbevölkerung Budapests kapitulieren die Wehrmacht und Truppen der ungarischen Pfeilkreuzlerregierung schließlich am 11. Februar 1945.

Nach dem Vormarsch der Roten Armee auf der Karelischen Landenge und dem Fall der finnischen Stadt Wyborg am 20. Juni 1944 schließt Finnland gegen den Druck Hitlerdeutschlands am 14. September 1944 in Moskau einen Waffenstillstandsvertrag mit der UdSSR.

Besondere Bedeutung für die Zerschlagung der Nazi Herrschaft hat die Befreiung Polens. Infolge des abenteuerlichen politisch-diplomatischen Ränkespiels der reaktionären Oberschicht des Landes kam es zur Tragödie vom September 1939. In wenigen Wochen besetzte die Wehrmacht trotz heldenhaftem Widerstand der polnischen Armee das Land. Die bürgerliche polnische Regierung ging nach London ins Exil.

Nach den Juden waren die Polen das Hauptopfer der „rassenbiologischen“ Ideologie des deutschen Nationalsozialismus. Dem polnischen Volk drohte die Versklavung und schließliche Vernichtung.

Unmittelbar nach der Okkupation begannen die deutschen Besatzer mit der Umsetzung der wahnwitzigen Pläne Hitlers und der NS-Führung. Das führte zu Widerstandsaktionen im ganzen Land. Als Kern des Widerstandes wirkten die Polnische Arbeiterpartei und ihre militärische Organisation, die Volksgarde. Sie trat für den kompromisslosen Kampf zur Vernichtung der faschistischen Okkupanten ein und suchte die verschiedenen Lager des Widerstandes in Polen zu einen. Als ihre Bemühungen, zur Verständigung mit den Parteien des „Londoner Lagers“ zu gelangen, scheiterten, bildeten die demokratischen Gruppen am 1.1.1944 den Landesnationalrat (KRN) als eigene Repräsentation. Auf dieser Grundlage bildete sich das Lubliner Komitee der Nationalen Befreiung (22. Juli 1944). Es wird zur Keimzelle eines neuen volksdemokratischen Staatsapparates.

Am 1. Januar 1945 bildet sich das Komitee zur Provisorischen Regierung der Republik Polen um. Der Regierung unter Ministerpräsident Edward Osóbka-Morawski gehören Kommunisten, Sozialisten

sowie Vertreter der Bauernpartei und der Demokratischen Parteien an. Die Provisorische Regierung, die sich als einzig legitime Vertretung Polens betrachtet, wird am 5. Januar von der Sowjetunion anerkannt.

Dem Lubliner Komitee verbunden ist die im Lande operierende polnische Volksarmee (AL). Auf sowjetischem Territorium war aus den Reihen des polnischen Widerstandes die Kosciuszko-Division (1. Polnische Armee) entstanden. Durch das Dekret des Landesnationalrats (KRN) vom 21. Juli 1944 werden beide militärischen Gruppierungen zum polnischen Heer vereinigt, das den Kampf an der Seite der Roten Armee bis zur Schlacht um Berlin weiterführt.

Die Londoner Exilregierung hatte ihrerseits in Polen die Landesarmee (AK) aufgebaut. Sie war strikt antisowjetisch und antikommunistisch ausgerichtet. Das Nebeneinander und häufige Gegeneinander der beiden Lager schwächte den polnischen Widerstand. Tragischer Höhepunkt der Auseinandersetzungen der beiden politischen Lager war der von den Verbindungsleuten der Exilregierung ausgelöste Warschauer Aufstand vom 1. August 1944. Mit der Vertreibung der deutschen Okkupanten aus der Landeshauptstadt sollte der Befreiung durch die Rote Armee und die polnische Volksarmee (AL) zuvor gekommen werden. Die politischen Kräfte um die Londoner Exilregierung suchten auf diese Weise ein Faustpfand für die Wiederherstellung der politischen und sozialen Ordnung Vorkriegspolens in die Hände zu bekommen. Aus diesem Grund verweigerten sie jede Zusammenarbeit, ja selbst Abstimmung mit der Sowjetunion und den demokratischen Kräften um das Lubliner Komitee.

Der militärisch aussichtslose Kampf endete nach 64 Tagen mit der Zerschlagung der Landesarmee (AK), 150 000 getöteten Zivilisten und der Totalvernichtung großer Teile Warschaus. Am 21. September 1944 erklärte der Reichsführer SS, Heinrich Himmler, vor Wehrmachtsführern zu dem abenteuerlichen Unternehmen der Londoner Exilregierung: „Geschichtlich gesehen ist es ein Segen, dass die Polen das machen. Über die fünf, sechs Wochen kommen wir hinweg. Dann aber ist Warschau, die Hauptstadt, der Kopf, die Intelligenz dieses einstmaligen 16-, 17-Millionenvolkes der Polen ausgelöscht!“

Im Unterschied zu den anderen osteuropäischen Ländern hat sich Jugoslawien im wesentlichen aus eigener Kraft befreit.

Unter den Bedingungen der monarcho - faschistischen Diktatur war es der Kommunistischen Partei gelungen, eine starke Position unter den Arbeitern und den anderen Werktätigen zu erringen.

Nach dem Überfall Hitlerdeutschlands und des faschistischen Italiens auf Jugoslawien am 6. 4. 1941 beteiligten sich Ungarn und Bulgarien an der Besetzung des Landes. Die faschistischen Okkupanten konnten sich zudem auf starke Kräfte der Kollaboration stützen (das faschistische Ustascha-Regime in Kroatien, die serbischen Tschetnik-Verbände u.a.) Sie zerschlugen Jugoslawien in die Marionettenstaaten Kroatien, Serbien und Montenegro und teilten es in 12 Besatzungszonen auf.

Während der faschistischen Okkupation wurden etwa 1,4 Millionen jugoslawische Bürger bei Massakern, in Konzentrationslagern oder als Geiseln ermordet. Bei den Massenmorden an Serben und Slowenen, vor allem in Bosnien Herzegowina, taten sich die Angehörigen der kroatischen Ustascha hervor.

Gegen das faschistische Besatzungsregime entwickelte sich rasch eine breite Widerstandsbewegung. Im Sommer 1941 begann der bewaffnete Aufstand der Partisanenverbände in Serbien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Slowenien. Im Herbst 1941 erfolgte die Erhebung in Makedonien. Ende des gleichen Jahres kontrollierten die Partisanen geschlossene Gebiete in Montenegro, Bosnien sowie West- und Ostserbien. Mit der Konstituierung des Rates der Nationalen Befreiung Jugoslawiens (AVNOJ) zum obersten gesetzgebenden Organ und der Wahl eines Nationalkomitees mit den Funktionen einer provisorischen Regierung unter der Leitung von Josip Broz Tito im November 1943 gewann die bewaffnete Volksbewegung an politisch-sozialem Profil, Geschlossenheit und Schlagkraft. In den befreiten Gebieten wurden revolutionäre Machtorgane geschaffen und demokratische Reformen eingeleitet. Aus der Partisanenbewegung entstand 1942 die Volksbefreiungsarmee. Sie verfügte Mitte 1943 über 27 Divisionen und vermochte im Verlaufe des Krieges sieben feindliche Offensiven abzuwehren und zu 6 Gegenoffensiven anzutreten.

Auf der Teheraner Konferenz (Nov./Dez.1943) einigten sich die Alliierten auf die Anerkennung und Unterstützung der Jugoslawischen

Volksbefreiungsarmee unter Marschall Tito. Diese zerschlug die militärischen Kräfte der serbischen Tschetniks und der kroatischen Ustascha. Zugleich nahm der Rat der Nationalen Befreiung Jugoslawiens (AVNOJ) Verbindungen zu den antifaschistischen und demokratischen Kräften im (bürgerlichen) nationalen Widerstand auf. Sie konnte damit die antifaschistische Befreiungsfront stärken und weiter verbreitern. Im Rahmen einer groß angelegten Offensive im Zusammenwirken mit dem Vormarsch der Roten Armee auf dem Balkan im Herbst 1944 rückten am 20. Oktober 1944 Einheiten der Volksbefreiungsarmee zusammen mit sowjetischen Truppen in Belgrad ein.

Ähnlich entwickelte sich die Lage in Albanien. Das Land war 1939 durch das faschistische Italien okkupiert worden. Dagegen wandte sich eine Welle antifaschistischer Demonstrationen und Streiks. Den harten Kern des Widerstandes bildeten die in den 30er Jahren entstandenen Gewerkschaftsorganisationen und kommunistische Gruppen. Aus ihnen ging im November 1941 die Kommunistische Partei Albanien hervor. Es entstanden Nationale Befreiungsräte. Partisanenabteilungen befreiten landesweit Gebiete und bildeten Stützpunkte. Aus der Partisanenbewegung bildete sich die Nationale Befreiungsarmee. Unter der politischen und militärischen Führung Enver Hoxhas entwickelte sie sich zu einem schlagkräftigen Instrument des bewaffneten Kampfes, das auch der Einmarsch der deutschen Wehrmacht im September 1943 nicht zu brechen vermochte. Bis zum November 1944 vertrieb die Befreiungsarmee mit sowjetischer und jugoslawischer Unterstützung die Okkupanten endgültig vom albanischen Boden.

Die Sowjetunion hatte seit 1941 auf die Eröffnung einer zweiten Front in Europa gedrängt. Churchill widersetzte sich diesen Forderungen. Noch im Juni 1942 verlangte er von Roosevelt, eine Großintervention der Westalliierten in Frankreich hinauszuzögern, bis eine weitere Schwächung der deutschen Wehrmacht an der Ostfront eingetreten sei. Hinter militärischen Argumenten verbargen sich die eigentlichen Überlegungen des britischen Premiers: Allein gelassen sollte die Rote Armee geschwächt und an einem raschen Vorstoß nach Mitteleuropa nach Kräften gehindert werden. Die Westalliierten würden gleichzeitig versuchen, durch ein Eingreifen auf der A-

pennin- und der Balkanhalbinsel Faustpfänder für die anstehende Auseinandersetzung um die Nachkriegsordnung Europas in die Hände zu bekommen.

Den Plänen Churchills entspricht die Intervention britischer Truppen in Griechenland zugunsten der konservativ monarchistischen Kräfte und die bewaffnete Niederschlagung der von den griechischen Kommunisten geführten Widerstandsbewegung ELAS im Dezember 1944. Dies erfolgte nach Absprachen mit der sowjetischen Führung in Moskau im Oktober 1944 nach denen Griechenland britisches Einflussgebiet werden sollte.

Der amerikanische Präsident schließt sich diesen Überlegungen Churchills nicht an. Er will einen raschen Sieg der Antihitlerkoalition über Nazideutschland und seinen japanischen Verbündeten. Die Erfüllung der sowjetischen Forderung nach der Eröffnung der zweiten Front in Frankreich soll sicherstellen, dass die Sowjetunion nach der Niederschlagung Hitlerdeutschlands in den Krieg gegen das faschistische Japan eingreift.

Den entscheidenden Stoß erhalten aber die Pläne Churchills und die politischen Kräfte in Großbritannien und den USA, die sie unterstützen, durch den Schwung und die raumgreifenden Erfolge der Offensive der Roten Armee nach Stalingrad und Kursk. Sie waren von den politischen und militärischen Experten im Lager der Westalliierten so nicht für möglich gehalten worden. Ein allein von der Sowjetunion erfochtener Sieg über Hitlerdeutschland hätte für Nachkriegseuropa völlig neue Perspektiven eröffnet. Das zu verhindern war ein essentielles Interesse der herrschenden Kreise des Westens. Nicht zuletzt stieß das hinhaltende Paktieren in der Frage der zweiten Front aber auch auf Unverständnis und wachsende Kritik in breiten Kreisen der eigenen Bevölkerung. Das zwingt den britischen Premier, seinen hinhaltenden Widerstand gegen die Invasion in Frankreich aufzugeben und sich nunmehr nachdrücklich für ein rasches Vordringen der westalliierten Streitkräfte auf deutsches Gebiet in der Hauptkampfrichtung einzusetzen. Unter diesen Umständen können Stalin und Roosevelt in Teheran den Beginn der alliierten Invasion in der Normandie für Mai 1944 festsetzen. Stalin sagt im Gegenzug eine Verstärkung der sowjetischen Offensive zu, um möglichst viele deutsche Truppen im Osten zu binden. Darüber hinaus

erklärt er die sowjetische Bereitschaft zum Eintritt in den Krieg mit Japan nach der Niederlage des Deutschen Reiches

Mit technischen Verzögerungen beginnt die Landung britischer und amerikanischer Truppen in der Normandie am 6. Juni 1944 (D-Day). Deutsche Versuche, die Truppen der Alliierten in der Normandie aufzuhalten, scheitern. Am 25. August befreien die Alliierten Paris. Auf Drängen De Gaulles marschieren Soldaten des nationalen Befreiungskomitees (CFLN), das im Juni 1943 in Algier gebildet worden war, als erste in die Hauptstadt ein. Durch die französische Tiefebene stoßen die alliierten Verbände auf die deutsche Reichsgrenze vor. Als erste deutsche Großstadt nehmen sie am 21. Oktober 1944 das völlig zerstörte Aachen ein. Der Weg in das Rüstungszentrum Ruhrgebiet ist frei.

Bereits im Juni 1943 sind britische und amerikanische Truppen auf Sizilien gelandet, im September 1943 in Süditalien. Nach einem Waffenstillstandsabkommen mit der neuen italienischen Regierung unter Badoglio hatte der Chef der alliierten Invasionsstreitkräfte, General Dwight S. Eisenhower am 8. September 1943 die bedingungslose Kapitulation Italiens verkünden lassen. Am 4. Juni 1943 waren die alliierten Truppen in Rom einmarschiert.

Am 15. September 1943 bildet der von deutschen Fallschirmjägern aus der Haft in den Abruzzen befreite Diktator Benito Mussolini in Salò am Gardasee eine faschistische Gegenregierung. Die Republik von Salò bedeutet faktische die Einrichtung einer deutschen Militärverwaltung über Norditalien.

Die Bevölkerung stellt sich gegen das deutsche Marionettenregime. Streiks und Sabotageaktionen legen das wirtschaftliche und öffentliche Leben lahm. Im April 1945 bereiten Partisanen und Alliierte der Republik Salò das Ende.

Wie in Frankreich und Italien ist die Befreiung auch in den anderen Ländern West- und Nordeuropas neben dem Einsatz der Streitkräfte der Alliierten in hohem Maße dem antifaschistischen Widerstand der großen Mehrheit der Bevölkerung geschuldet. Er führt zu passivem Widerstand gegen die Anordnungen der deutschen Besatzungsbehörden, Streiks und schließlich zum Entstehen einer bewaffneten Widerstandsbewegung. Sie vermag mit der Übermittlung von Nachrichten, Sabotageaktionen und bewaffneten Aktionen gegen Einrichtungen und Stützpunkte der deutschen Besatzung den Vor-

marsch der Alliierten aktiv zu unterstützen. Wie in Osteuropa nehmen die antifaschistischen Aktionen der Bevölkerung in den Zentren des Widerstandes Züge des Volkskampfes gegen das Okkupationsregime der Deutschen und seine Kollaborateure an.

Das gilt vor allem für Frankreich, dem eigentlichen Zentrum des Widerstandes in Westeuropa. Parallel zur Formierung der Streitkräfte des nationalen Befreiungskomitees (CFLN) in Nordafrika und Großbritannien vereinen sich am 1. Februar 1944 auf Weisung General de Gaulles alle kämpfenden Kräfte des innerfranzösischen Widerstandes zu den Forces Francaises de l Interior (FFI). Die FFI umfassen die drei größten paramilitärischen Verbände der Résistance auf französischem Boden: die Armée Secrète und die Truppen der Widerstandsgruppe Mouvements Unis de la Résistance der Gaullisten, die Franc Tireurs et Partisans als Militärorganisation der kommunistischen FRONT NATIONAL und die Organisation de Résistance de l Armée, die 1942 aus der Waffenstillstandsarmee hervorgegangen war. Die FFI kämpfen mit großem Erfolg an der Seite der Alliierten und haben wesentlichen Anteil an der Befreiung Frankreichs.

Nach der Einnahme von Majdanek und Auschwitz durch die Rote Armee werden in Frankreich wie im übrigen Westeuropa die Gerüchte über den Massenmord der Nazis an den Juden zur Gewissheit. Das alle menschliche Vorstellungen übersteigende Verbrechen des Holocaust führt zur Radikalisierung des Kampfes gegen die deutschen Besatzer. Die Versuche, den Kampfgeist des französischen Widerstandes mit Repressalien und Massakern an der Zivilbevölkerung zu brechen, für die die Ermordung der Einwohner von Oradour-sur-Glane durch Mannschaften des SS-Regiments „Der Führer“ am 10. Juni 1944 steht, schüren nur den Hass vieler Franzosen auf die deutsche Besatzungsmacht und ihre Kollaborateure.

Parallel zur Invasion in der Normandie und in Italien setzen die Alliierten den Luftkrieg gegen das Deutsche Reich fort. Kampferfahrung, verbesserte Technik und der schrittweise Verlust der deutschen Lufthoheit erhöhen die Wirkung der amerikanischen und britischen Luftangriffe auf die Ressourcen des Deutschen Reiches an Kriegsmaterial und Treibstoff. Die Angriffe tragen entscheidend zur Zerstörung der militärischen Logistik bei. Umstritten bleibt die Wirkung

der alliierten Flächenbombardements auf deutscher Städte, die vor allem die Zivilbevölkerung treffen.

Begonnen mit Terrorangriffen auf die Zivilbevölkerung hatte zu Beginn des Krieges die deutsche Luftwaffe mit dem Bombardement von Warschau, Rotterdam, London und anderen Städten. Die Zerstörung von Coventry in der Nacht zum 15. November 1940 steht für die völkerrechtswidrige Praxis, mit Luftangriffen auf die Zivilbevölkerung die Moral des Gegners zermürben zu wollen. Die nazistische Propaganda hatte dafür eigens den Begriff „coventrieren“ erfunden.. Die Antwort lässt nicht auf sich warten.

Nach dem massierten Flächenbombardement Lübecks am 28. März 1942 beginnt die systematische Zerstörung der Reichshauptstadt Berlin und anderer deutscher Großstädte durch alliierte Luftangriffe. Mit der Vernichtung Dresdens in der Nacht zum 14. Februar 1945 erreicht sie ihren schrecklichen Höhepunkt.

Anlässlich des Angriffs der Royal Air Force auf Lübeck wendet sich Thomas Mann in einer Sondersendung der BBC aus London an die deutschen Hörer:

„Zum ersten Mal jährt sich der Tag der Zerstörung von Coventry durch Görings Flieger - eine der schauderhaftesten Leistungen, mit denen Hitler-Deutschland die Welt belehrte, was der totale Krieg ist und wie man sich in ihm aufführt ... Beim jüngsten britischen Raid (Angriff) über Hitlerland hat das alte Lübeck zu leiden gehabt. Das geht mich an, es ist meine Vaterstadt ... Aber ich denke an Coventry - und habe nichts einzuwenden gegen die Lehre, dass alles bezahlt werden muss“.

Insgesamt brachten die alliierten Flächenbombardements deutscher Städte eben so wenig die erhoffte Wirkung, wie die Terrorangriffe der deutschen Luftwaffe auf London, Manchester und andere britische Städte. Sie erzeugten Angst, Apathie und Fatalismus, machten die deutsche Bevölkerung aber auch empfänglich für die NS-Propaganda der „Volks- und Schicksalsgemeinschaft.“ Die erwartete Abwendung relevanter Bevölkerungsschichten vom nationalsozialistischen Regime blieb aus.

Zu Beginn des Jahres 1945 ist der Zusammenbruch des Deutschen Reiches abzusehen. Unter den Schlägen der Armeen der Antihitlerkoalition und dem Druck des Widerstandes der Bevölkerung in den

besetzten Ländern müssen die deutschen Armeen hinter die Reichsgrenzen zurückweichen.

Die Ressourcen der nazistischen Kriegsmaschinerie an Menschen und Material sind weitgehend erschöpft, das Transport- und Nachrichtennetz schwer angeschlagen. Aber das Terror- und Unterdrückungssystem von Justiz und Polizei, Gestapo und SS funktioniert weiter mit erbarmungsloser Präzision. Die nazistische Propaganda von der „Volks- und Schicksalsgemeinschaft“, die die Vernichtung des NS-Regimes mit dem Untergang des deutschen Volkes gleichsetzt, bleibt nicht ohne Wirkung. Die erwartete Abwendung relevanter Bevölkerungsschichten vom nationalsozialistischen Regime blieb aus.

Die sog. Ardennenoffensive vom 16. - 23. Dezember 1944, der großflächige Angriff deutscher Flugzeuge auf alliierte Flugplätze hinter der Westfront, die Angriffe Londons mit V1- und V2-Raketen zeigen, dass das NS-Regime und seine Militärmaschine weiter gefährlich bleiben.

\* \* \*

Vor diesem Hintergrund nehmen am 4. Februar 1945 in Jalta die „Großen Drei“, Franklin Delano Roosevelt, Winston S. Churchill und Josef W. Stalin und ihre Begleiter ihren Meinungs austausch auf. Naturgemäß stehen dabei zunächst Fragen der operativen Abstimmung des gemeinsamen militärischen Vorgehens auf dem europäischen und fernöstlichen Kriegsschauplatz im Mittelpunkt. Aber rasch zeigt sich, dass das eigentliche Anliegen der Konferenzteilnehmer die Gestaltung ihrer Nachkriegsbeziehungen in Deutschland, Europa und der Welt ist.

In den Tagen bis zum 11. Februar werden in harten Verhandlungen und gelegentlich scharfen Auseinandersetzungen Ergebnisse zu folgenden Punkten erreicht:

- Gemeinsames Vorgehen auf dem europäischen und fernöstlichen Kriegsschauplatz
- Bedingungslose Kapitulation – Übernahme der obersten Gewalt
- Kontroll- und Besetzungsmechanismus
- Wiedergutmachung durch Deutschland.

- Nachkriegsordnung in Europa
- Weltorganisation für Frieden und Sicherheit
- Einigkeit für den Frieden

### **Gemeinsames Vorgehen auf dem europäischen und fernöstlichen Kriegsschauplatz**

Die Staatschefs der Drei Mächte billigen die Vorschläge der verbündeten militärischen Stäbe hinsichtlich der Koordinierung der Aktionen der Alliierten zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Unter Vermeidung unnötiger Opfer der Alliierten soll die Kriegsmaschinerie Deutschlands und Japans endgültig zerschlagen und eine rasche Beendigung des Krieges herbeigeführt werden.

Im Mittelpunkt des koordinierten militärischen Vorgehens steht die sowjetische Bereitschaft, zwei oder drei Monate nach der Kapitulation Deutschlands und des Endes des Krieges in Europa auf der Seite der Alliierten in den Krieg gegen Japan einzutreten.

Das darüber erzielte geheime Übereinkommen sieht weiter vor, dass der Status quo bezüglich der Äußeren Mongolei (Mongolische Volksrepublik) unberührt bleibt. Die Mongolische Volksrepublik hatte 1936 einen Vertrag mit der UdSSR über Freundschaft und gegenseitige Hilfe geschlossen. Die Sowjetunion leistete umfangreiche Hilfe bei der wirtschaftlichen Entwicklung und der Festigung der Volksmacht. Im August 1945 zerschlägt die Rote Armee gemeinsam mit der mongolischen Befreiungsarmee das japanische Okkupationsregime. Im Oktober findet eine Volksabstimmung über die staatliche Unabhängigkeit des Landes statt. Im Januar 1946 verzichtet Kuomintang-China auf die chinesischen Ansprüche auf das Territorium der Äußeren Mongolei und erkennt die staatliche Unabhängigkeit der Mongolischen Volksrepublik an.

Der Sowjetunion wird die „Wiederherstellung der früheren Rechte Russlands“ zugesichert, „welche durch den hinterlistigen Überfall Japans im Jahre 1904 verletzt wurden“. Dazu gehören im besonderen die Zurückgabe des Südteils Sachalins sowie aller angrenzenden Inseln und die Übergabe der Kurilen. (Die über 1 200 km lange Inselkette zwischen Kamtschatka und Hokkaido ist wirtschaftlich von geringem Wert, besitzt aber beträchtliche strategische Bedeutung.

Die Kurilen befanden sich im 18. Jahrhundert in russischem Besitz und gelangten 1875 im Russisch-Japanischen Vertrag von St. Petersburg im Austausch gegen Sachalin an die Japaner. Die militärische Nutzung der Inselkette durch das kaiserliche Japan trug im Krieg 1904/1905 beträchtlich zur Niederlage Russlands und zum Verlust Südsachalins bei).

### **Bedingungslose Kapitulation – Übernahme der obersten Gewalt**

Die Alliierten bekräftigen ihre Entschlossenheit, auf der bedingungslosen Kapitulation Hitlerdeutschlands zu bestehen. Versuche bestimmter Kreise der politischen Klasse des Dritten Reiches, mit der Ausschaltung Hitlers und der Um- bzw. Neubildung der Regierung mit den USA und Großbritannien in letzter Minute einen Sonderfrieden zu erreichen, werden zurückgewiesen. Erwartungen auf ein solches Arrangement haben sowohl bei Teilnehmern und Sympathisanten des von den Alliierten eher skeptisch eingeschätzten „Aufstand des Gewissens“ vom 20. Juli 1944 als auch im Umfeld des Reichsführers SS, Himmler, bestanden.

Die Staatschefs der Drei Mächte erteilen allen derartigen Spekulationen eine Abfuhr. Sie bekräftigen ihren Willen, nach der Zerschlagung des militärischen deutschen Widerstandes die oberste Regierungsgewalt in Deutschland zu übernehmen und ein „Regime der bedingungslosen Kapitulation“ durchzusetzen. Sie erklären: „Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, dass Deutschland nie wieder imstande sein wird, den Weltfrieden zu stören“. Zugleich versichern die Vertreter der drei Mächte: „Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu vernichten, aber nur dann, wenn der Nationalsozialismus und Militarismus ausgerottet sind, wird für die Deutschen Hoffnung auf ein würdiges Leben und einen Platz in der Völkergemeinschaft bestehen.“ Zur Verwirklichung dieser Zielsetzung werden die Grundlinien der Maßnahmen zur Denazifizierung und Demilitarisierung festgelegt, die später im Potsdamer Abkommen konkretisiert werden.

Die Krimdeklaration enthält keine Festlegungen bezüglich einer politischen oder wirtschaftlichen Teilung Nachkriegsdeutschlands. Aus dem Protokoll der Verhandlungen der Krimkonferenz geht aber her-

vor, dass auf der Konferenz auch die Frage einer „Zerstückelung“ Deutschlands besprochen worden ist. Die Initiative dazu geht von den Westmächten aus. So hat US-Finanzminister Henry Morgenthau jr. auf der Konferenz von Quebec im September 1944 Roosevelt und Churchill einen Plan für die Neuordnung des Deutschen Reiches nach Kriegsende vorgelegt. Der Plan sah vor, Deutschland nach Abtretung Ostpreußens, Südschlesiens und des Saarlandes sowie des Gebietes zwischen Mosel und Rhein wie folgt aufzuteilen: Bildung einer internationalen Zone, die das nördliche Rheinland, Westfalen, die Nordseeküste sowie die Häfen Bremen, Hamburg und Bremerhaven umfasst, und Schaffung zweier dezentralisierter Staaten auf dem Rest des deutschen Territoriums. Der Widerstand des britischen, des amerikanischen Außenministers und des amerikanischen Kriegsministers Henry Lewis Stimson sowie die zu erwartende öffentliche Reaktion sieben Wochen vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen veranlassen Roosevelt, seine Unterschrift unter Morgenthaus „Friedenspläne“ zurückzuziehen. Im Entscheidungsprozess spielen diese keine Rolle mehr. Sie werden lediglich einer ad hoc gebildeten Kommission „zur Prüfung“ übergeben. Weder in der Krimdeklaration noch in der Berliner Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands durch die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und durch die Provisorische Regierung der Französischen Regierung vom 5. Juni 1945 ist von einer „Zerstückelung Deutschlands“ die Rede.

### **Kontroll- und Besatzungsmechanismus**

Grundlegende Übereinstimmung erzielen die Großen Drei über den Kontroll- und Besatzungsmechanismus in Nachkriegsdeutschland. Die Streitkräfte der drei Mächte werden je eine separate Zone Deutschlands besetzen. Eine koordinierte Administration und Kontrolle soll durch eine zentrale Kontrollkommission gewährleistet werden. Sie wird aus den drei Oberkommandierenden der Besatzungsstreitkräfte bestehen. Ihren Hauptsitz soll sie in Berlin haben. Der Provisorischen Regierung Frankreichs werden eine eigene Besatzungszone und die Beteiligung an der Kontrollkommission ange-

boten. Die französische Zone wird aus dem Gebietsbestand der britischen und amerikanischen Zone gebildet werden. Die Grenzen der französischen Zone sollen durch Vertreter der betreffenden Regierungen in der Beratenden Europäischen Kommission bestimmt werden. (Nach Teheran haben die alliierten Regierungen am 15. Dezember 1943 die Europäische Beratende Kommission (EAC, European Advisory Commission) mit Sitz in London gegründet. Sie soll den Alliierten Vorschläge über künftige Besatzungszonen und mögliche Kontrollinstanzen in Nachkriegsdeutschland zur Diskussion vorlegen. Am 14. November 1944 legt die EAC das sog. überarbeitete 2. Zonenprotokoll vor. Es enthält neben der Beschreibung der drei Besatzungszonen der UdSSR, Großbritanniens und der USA die Aufgliederung Großberlins in einen sowjetischen, einen britischen und einen amerikanischen Sektor. Als oberste Besatzungsinstanz schlägt die EAC einen alliierten Kontrollrat vor, der sich aus den obersten Militärbefehlshabern der drei Besatzungsmächte zusammensetzt. Das Dokument wird in Jalta von den Staats- und Regierungschefs der drei Mächte diskutiert und grundsätzlich gebilligt. Frankreich ist seit dem 27. November 1944 vollwertiges Mitglied der EAC).

### **Wiedergutmachung durch Deutschland**

Zu einem Schwerpunkt der Auseinandersetzungen in Jalta entwickelt sich die Frage der deutschen Reparationen. Großbritannien und die USA erkennen an, dass Deutschland für die der UdSSR und den anderen überfallenen Staaten in Ost- und Westeuropa zugefügten Schäden Wiedergutmachung leisten muss. Sie bestreiten auch nicht, dass ein großer Anteil an den deutschen Reparationen auf Grund der im Kriege erlittenen Verluste der Sowjetunion gebührt.

Sie hatte die Hauptlast des Kampfes zur Niederringung der faschistischen Aggressoren getragen. Weite Teile ihres Landes waren verwüstet, 1 710 Städte, über 70 000 Dörfer und Weiler zum Teil völlig zerstört, 65 000 km Eisenbahnlinien, 31 850 Industriebetriebe und 98 000 Kolchosen waren vernichtet, unzählige Schulen, Museen, Bibliotheken, Krankenhäuser und Sanatorien zerstört und geplündert. Der Wert der vernichteten und geraubten Güter wird auf 679 Mrd. Goldrubel geschätzt.

Als die sowjetische Seite jedoch vorschlägt, die deutschen Reparationen auf 20 Mrd. Dollar zu begrenzen und davon 10 Mrd. Dollar für sich beansprucht - angesichts der von Deutschland tatsächlich verursachten Zerstörungen eine gemäßigte Forderung - verweigern die westlichen Vertreter ihre Zustimmung, diese Zahlen und jede andere Zahlenangabe hinsichtlich der Höhe der deutschen Reparationen in die Abschlussdokumente aufzunehmen. Von ihnen wird der sowjetische Vorschlag lediglich als e i n e Berechnungsgrundlage akzeptiert, die eine zu bildende alliierte Wiedergutmachungskommission mit Sitz in Moskau in Erwägung ziehen soll.

Die sowjetische Seite vermag in Jalta auch nicht ihre Forderung durchzusetzen, dass ihre Reparationsansprüche aus der Wirtschaft ganz Deutschlands befriedigt werden. Mit der Festlegung, dass jede Seite die Reparationen im wesentlichen aus ihrer Besatzungszone entnehmen wird, gelingt es den Westalliierten, die Sowjetunion in der Nachkriegszeit von der Nutzung der westdeutschen Ressourcen, vor allem aber von der politischen und wirtschaftlichen Kontrolle Westdeutschlands auszuschließen.

Mit der politisch-diplomatischen Niederlage Stalins in der Reparationsfrage erhält die Vertrauensbasis für die künftige Zusammenarbeit der Großmächte einen herben Schlag. Wie schon die Verweigerung gegenüber den sowjetischen Kreditersuchen an die USA im Februar 1944 und im Januar 1945 musste die Haltung der beiden Westmächte in der Reparationsfrage auf der Krimkonferenz alle Erwartungen der sowjetischen Führung auf eine langfristige wirtschaftliche Zusammenarbeit beim Wiederaufbau ihres verwüsteten Landes gründlich enttäuschen.

Langzeitwirkung haben die in Jalta gefallenen Entscheidungen über die deutschen Reparationen für die künftige Entwicklung der deutschen Frage.

Einerseits nehmen sie der Sowjetunion einen starken Hebel, der Wiederherstellung der ökonomischen Grundlagen der Macht des deutschen Imperialismus in den Westzonen entgegen zu wirken.

Dem Aufbau separater Wirtschaftsstrukturen auf dem Gebiet der künftigen BRD muss die UdSSR nunmehr mehr oder weniger tatenlos zusehen.

Andererseits bedeutet die Entnahme der für die Sowjetunion lebenswichtigen Reparationen ausschließlich aus ihrer Besatzungszo-

ne bzw. der späteren DDR ein schweres Handicap für den sozialistischen deutschen Staat.

Während die Bundesrepublik insgesamt etwas mehr als 0,5 Mrd. US-Dollar (im Geldwert von 1938) an die westlichen Alliierten zahlt, beläuft sich die Höhe der von der DDR an die Sowjetunion geleisteten Zahlungen nach westlichen Schätzungen bis 1954 auf ca. 13 Mrd. US-Dollar.

### **Nachkriegsordnung in Europa**

In Jalta verständigen sich die Staatschefs der Drei Mächte über die Grundzüge einer in Europa zu schaffenden Nachkriegsordnung. Sie verpflichten sich, zur Durchsetzung der diesbezüglichen Ziele ihre Politik gleichzuschalten und bei der Lösung der politischen und wirtschaftlichen Probleme des befreiten Europa gemeinsam vorzugehen. Die in der Krimdeklaration aufgenommene „Erklärung über das befreite Europa“ stellt fest: „Die Herstellung der Ordnung in Europa und der Wiederaufbau eines nationalen Wirtschaftslebens müssen in einer Weise zuwege gebracht werden, die es den befreiten Völkern gestattet, die letzten Spuren des Nationalismus und Faschismus zu beseitigen und demokratische Einrichtungen nach eigener Wahl zu schaffen“. Die Erklärung nimmt Bezug auf den Grundsatz der Atlantikcharta, wonach es das Recht aller Völker ist, sich die Regierungsform, unter der sie leben werden, selbst zu wählen. Sie sichert den Völkern Ost- und Westeuropas die Rückgabe der souveränen Rechte und der Selbstverwaltung zu, der sie von den faschistischen Aggressoren mit Gewalt beraubt worden sind. (Die Atlantikcharta war am 14. August 1941 von Roosevelt und Churchill im Ergebnis ihres Treffens in der Argentiabucht vor Neufundland verkündet worden. Inhalt der Charta sind Grundsätze der gemeinsamen Politik Großbritanniens und der USA nach dem Krieg. Sie umfassen die Wiederherstellung der Souveränität der entmachteten Staaten sowie Selbstbestimmung, Sicherheit, Frieden und freien Welthandel für alle Nationen).

Die drei Mächte verpflichten sich, den befreiten Völkern bei der Wiederherstellung von Friedensverhältnissen, bei Notmaßnahmen zwecks Unterstützung Hilfsbedürftiger, bei der Schaffung vorläufiger Regierungsgewalten auf breiter demokratischer Grundlage sowie

nötigenfalls bei der Durchführung freier Wahlen gemeinsam Hilfe zu leisten, „wo immer es die Umstände ihrer Ansicht nach erfordern“.

Die drei Regierungen sichern den provisorischen Gewalten und anderen Regierungen im befreiten Europa zu, sie zu Rate zu ziehen, wenn Angelegenheiten behandelt werden, die für diese von unmittelbarem Interesse sind. Die Erklärung über das befreite Europa lässt aber keinerlei Zweifel daran, dass die drei Mächte sich vorbehalten, die letzte Entscheidung in grundsätzlichen Fragen der künftigen Entwicklung in Nachkriegseuropa selbst zu treffen. Sie statuieren ein ausdrückliches Interventionsrecht für den Fall, dass in einem der befreiten Länder Verhältnisse eintreten, die die Durchsetzung der Forderungen der Krim-Deklaration in Frage stellen.

Die in der Erklärung über das befreite Europa ausgesprochene Einladung an die provisorische Regierung der **Französischen Republik**, sich am vorgeschlagenen Verfahren zu beteiligen, kommt ebenso wie die Einbeziehung Frankreichs in das Besetzungs- und Kontrollverfahren in bezug auf Deutschland seiner Anerkennung als einer Hauptmacht der Antihitlerkoalition gleich. Der eifrigste Befürworter der Anerkennung Frankreichs als Siegermacht des II. Weltkrieges ist in Jalta der britische Premier Churchill rechnet mit einer zeitlichen Begrenzung des militärischen Engagements der USA in Nachkriegseuropa. In ca. zwei Jahren, so sieht es auch der amerikanische Präsident, würden die amerikanischen Truppen den Kontinent verlassen. Für die Zeit danach soll Frankreich das Gegengewicht zur Sowjetunion in den europäischen Beziehungen verstärken. Der britische Premier schließt aber auch nicht aus, dass es in den geplanten Westzonen zum Ausbruch offenen Widerstandes der deutschen Bevölkerung gegen das Regime der bedingungslosen Kapitulation kommen kann. Für diesen Fall erscheint Churchill die Beteiligung einer französischen Besatzungsmacht an seiner Unterdrückung wünschenswert. Frankreich verfüge aus der Zeit der Ruhrbesetzung nach dem I. Weltkrieg über die besten einschlägigen Erfahrungen. Stalin spricht sich zunächst gegen die Anerkennung Frankreichs als einer Hauptmacht der Antihitlerkoalition aus: Frankreich habe - ebenso wie Polen - zu Beginn des Krieges die Deutschen ins Land gelassen. Sein Anteil an der Niederschlagung Hitlerdeutschlands sei - bei al-

lem Respekt vor De Gaulle - gering. Was man den Franzosen zugestehe, könne man den Polen und anderen europäischen Völkern kaum vorenthalten. Roosevelt nimmt eine unentschiedene Haltung ein. Der britische Premier kann sich schließlich durchsetzen.

Was die Staatshäupter Großbritanniens und der USA, aber auch Stalin, in Jalta nicht voraussehen können, ist, dass Frankreich seine gestärkte politisch-diplomatische Position in den Zeiten des kalten Krieges wiederholt nutzen wird, um die Politik der antisowjetischen Blockbildung empfindlich zu konterkarieren.

Für eine dauerhafte Friedensordnung in Nachkriegseuropa ist von entscheidender Bedeutung, eine befriedigende Lösung in bezug auf **Polen** zu finden. Die Frage, wie eine solche Lösung aussehen soll, entwickelt sich zum zentralen Streitpunkt auf der Krimkonferenz.

Dabei geht es den drei Mächten nicht nur und nicht einmal in erster Linie um die künftigen polnischen Grenzen. Ihre gegensätzlichen Standpunkte beziehen sich vor allem darauf, wie die soziale und politische Ordnung in Nachkriegspolen beschaffen sein wird und welche Politik von einer künftigen polnischen Regierung erwartet werden kann. Churchill und Roosevelt favorisieren die polnische Exilregierung in London. Die sowjetische Seite unterstützt die aus dem Zusammenschluss von Kommunisten und anderen demokratischen Kräften um das Lubliner Komitee hervorgegangene provisorische Regierung und stellt zu ihr diplomatische Beziehungen her.

Für jede der beiden gegensätzlichen politischen Gruppierungen, das „Londoner Lager“ ebenso, wie für die Kräfte um das Lubliner Komitee, ist eine Lösung der Grenzfrage, die für die Mehrheit der polnischen Bevölkerung annehmbar ist, unverzichtbar, um sich im Ringen um die politische Macht im Lande durchsetzen zu können. Insofern besteht zwischen ihr und der Entscheidung über die politische und gesellschaftliche Zukunft Polens ein untrennbarer Zusammenhang. Dessen sind sich die Staatsmänner der Drei Mächte in Jalta bei ihren Auseinandersetzungen durchaus bewusst.

Die Krimdeklaration bestätigt das gemeinsame Bestreben der Drei Mächte, „ein starkes freies, unabhängiges und demokratisches Polen entstehen zu sehen“. Sie folgt damit den Forderungen der sowjetischen Seite. Auf der Konferenz erklärt Stalin, Polen habe in der ganzen Geschichte immer als Durchgang für Angriffe auf Russland

gedient. Es genüge, dass „unser deutscher Feind“ während der letzten dreißig Jahre zweimal diesen Durchgang benutzt hat. Es sei für den sowjetischen Staat eine Frage auf Leben oder Tod, dass Polen frei, unabhängig und mächtig ist und vermag, diesen Zugang selbst von innen zu versperren.

Unter Hinweis auf die Situation, die mit der Befreiung ganz Polens durch die Rote Armee entstanden ist, verlangt die Krimdeklaration die Bildung einer Polnischen provisorischen Regierung der nationalen Einheit auf breiter demokratischer Basis. Dazu soll die zum gegenwärtigen Zeitpunkt fungierende provisorische Regierung „mit Einschluss demokratischer Führer in Polen selbst und von Polen im Ausland“ reorganisiert werden. Eine „Kommission in erster Instanz“ der Drei Mächte soll darüber in Moskau „mit Mitgliedern der gegenwärtigen provisorischen Regierung und mit anderen polnischen demokratischen Führern innerhalb Polens und aus dem Ausland“ verhandeln. Die auf diese Weise zustande gekommene Polnische provisorische Regierung wird verpflichtet, „sobald wie möglich“ freie und unbeeinflusste Wahlen abzuhalten. Alle demokratischen und antifaschistischen Parteien haben das Recht, an diesen Wahlen teilzunehmen und Kandidaten vorzuschlagen. Die Drei Mächte werden mit der unter den genannten Voraussetzungen zustande gekommenen neuen Polnischen provisorischen Regierung der nationalen Einheit diplomatische Beziehungen aufnehmen und Botschaften austauschen. Mit dieser Entscheidung ist die provisorische Exilregierung in London nicht mehr die legitime Sprecherin Polens. Die Kräfte, die für eine volksdemokratische Entwicklung Polens und loyale und freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion eintreten, haben einen historischen Sieg mit nachhaltiger internationaler Wirkung errungen.

In der Grenzfrage sind sich die drei Staatschefs grundsätzlich darin einig, dass die künftige östliche Grenze Polens mit geringfügigen Abweichungen zugunsten des polnischen Territoriums entlang der Curzon-Linie verlaufen soll, womit die Westgrenze Sowjetrusslands von 1919 wieder hergestellt wird. (Die Curzon-Linie war auf der Pariser Botschafterkonferenz im Dezember 1919 von Lord Curzon, dem britischen Vertreter, als Ostgrenze Polens vorgeschlagen worden. Das reaktionäre Pilsudski-Regime ignorierte diesen Vorschlag und besetzte im Interventionskrieg gegen Sowjetrussland von April

bis Oktober 1920 sowjetrussisches Territorium in einer Tiefe von ca. 200 km. Im Friedensvertrag von Riga musste die Sowjetregierung im März 1921 dem Verlust Westbelorusslands und der West-Ukraine an Polen zustimmen.)

In der Krimdeklaration wird Polen dafür ein „bedeutender Gebietszuwachs im Norden und Westen“ zugesichert. Über das Ausmaß dieser Zuwächse wird zum entsprechenden Zeitpunkt die Meinung der polnischen Regierung eingeholt werden. Die endgültige Festlegung der Grenze soll auf einer künftigen Friedenskonferenz erfolgen. Tatsächlich war bereits in Teheran die grundsätzliche Entscheidung der drei Alliierten über die künftige polnische Westgrenze entlang der Oder-Neiße-Linie gefallen. Die Entscheidung schließt die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung ein. Zwischen den Alliierten besteht eine stille Übereinkunft darüber, dass es in Nachkriegspolen keine geschlossenen Siedlungsgebiete einer deutschen Minderheit geben wird. In Übereinstimmung damit beginnt die provisorische polnische Regierung im Zusammenhang mit der von ihr in Angriff genommenen Agrarreform mit der Aussiedlung der Deutschen. Am 17. Dezember 1944 erklärt Churchill in einer Rede vor dem britischen Unterhaus die „Westverschiebung Polens“ für rechtens. In Jalta geht es demnach nur noch um Details der Westgrenze Polens, z. B. um deren Verlauf entlang der Görlitzer Neiße. Angesichts der in der Sache getroffenen Entscheidung der Drei Mächte in der Grenzfrage und der begonnenen faktischen Inbesitznahme der ehemaligen deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße durch die Sowjetunion und Polen, hat der von Roosevelt gewünschte Verweis auf eine künftige Friedenskonferenz mehr oder weniger deklaratorische Bedeutung. Der amerikanische Präsident, der die in Jalta gefällte Entscheidung durch den Kongress bringen muss, ist an einem möglichst „demokratischen“ Image der territorialen Beschlüsse interessiert.

In der Krimdeklaration werden der Antifaschistische Rat der Nationalen Befreiung **Jugoslawiens** (AVNOJ) und die auf seiner Grundlage geschaffene provisorische Regierung unter Josip Broz Tito als alleinige politische Autorität Jugoslawiens anerkannt.

Die Entscheidung der Drei Mächte, die bereits in Teheran die jugoslawische Volksbefreiungsarmee unter Führung Titos zum Verbündeten erklärt haben, stärkt die Position der jugoslawischen Kommunis-

ten und der mit ihnen verbündeten demokratischen Kräfte im Ringen um die nationale Befreiung des Landes und bei der Durchsetzung demokratischer Reformen auf dem Wege zu einer sozialistischen Entwicklung.

Sie leitet eine breite internationale Anerkennung Jugoslawiens ein. Nicht zuletzt ist sie von Bedeutung für das persönliche Prestige Titos als bedeutenden kommunistischen Führer und international anerkannten Staatsmann. In den folgenden Jahrzehnten wird Tito in der kommunistischen Weltbewegung und in der Bewegung nichtpaktgebundener Staaten eine herausragende Rolle spielen.

### **Weltorganisation für Frieden und Sicherheit**

Die Krimdeklaration spricht sich für die Errichtung einer allgemeinen internationalen Organisation zur Erhaltung des Friedens und der Sicherheit „sobald als möglich“ aus. Eine solche weltumspannende Organisation wird für die Völker als lebenswichtig angesehen. Sie soll Angriffe auf den internationalen Frieden unterbinden und zugleich die politischen, ökonomischen und sozialen Ursachen des Krieges durch enge und ununterbrochene internationale Zusammenarbeit aus der Welt schaffen. Über die Satzung einer solchen Weltsicherheitsorganisation war vom 21. August bis zum 27. September 1944 zwischen Vertretern der Drei Mächte in Dumbarton Oaks in der Nähe von Washington beraten worden.

In Jalta kommen die Drei Mächte überein, für den 25. April 1945 eine Konferenz der Vereinten Nationen nach San Francisco einzuberufen, um im Sinne der unverbindlichen Besprechungen von Dumbarton Oaks die Charta der Organisation vorzubereiten. Die sachlichen Voraussetzungen für einen Erfolg der Konferenz von San Francisco schaffen die Drei Mächte auf der Krim mit einer Einigung über die Abstimmungsprozedur in der künftigen Organisation der Vereinten Nationen. Der Kern der Einigung besteht darin, dass das Prinzip der Einstimmigkeit der Hauptmächte der Antihitlerkoalition als Ständige Mitglieder des Sicherheitsrats in allen Fragen der Friedenssicherung in der Charta der Vereinten Nationen festgeschrieben wird. Diese Entscheidung entspricht der Einsicht, dass Frieden und internationale Sicherheit dauerhaft nur zu gewährleisten sind, wenn die Westmächte mit der UdSSR auch in Zukunft einträchtig zusam-

menarbeiten. Sie zieht damit Lehren aus den verhängnisvollen Folgen, die der Ausschluss der Sowjetunion aus dem Völkerbund 1939 für das Scheitern der Bemühungen hatte, die von Hitlerdeutschland ausgehende Kriegsgefahr zu bannen.

Die Initiative zur Konferenz der Vereinten Nationen liegt auf der Krim bei dem amerikanischen Präsidenten. Sein Eintreten für eine weltweite Sicherheitsorganisation reflektiert die Weltmachtrolle, die der amerikanische Imperialismus im Ergebnis des II. Weltkriegs erreicht hat. Im Unterschied zur gegenwärtigen US-Regierung war Roosevelt allerdings der Ansicht, dass diese Rolle in einer Weise wahrgenommen werden muss, die die essentiellen Interessen der anderen Staaten und Völker in Rechnung stellt. Für unverzichtbar hat er insbesondere die Zusammenarbeit mit der UdSSR gehalten.

### **Einigkeit für den Frieden**

Die Regierungschefs vereinbarten in Jalta die Fortsetzung der Zusammenarbeit ihrer Staaten für die Zukunft. Unter dem Motto „Einigkeit für den Frieden wie für den Krieg“ wird in der Krim-Deklaration festgestellt:

„Unsere Zusammenkunft ... hat unsere gemeinsame Entschlossenheit bestärkt, im kommenden Frieden jene Einheit der Zielsetzung und des Vorgehens aufrecht zu erhalten und zu stärken, welche den Sieg in diesem Kriege für die Vereinten Nationen möglich und sicher gemacht hat“. Es wird hervorgehoben, dass nur durch fortlaufende und wachsende Zusammenarbeit und Verständigung unter den Drei Mächten und unter allen friedliebenden Nationen ein sicherer und dauerhafter Frieden verwirklicht werden kann, der - nach den Worten der Atlantik-Charta - „Gewähr dafür bietet, dass alle Menschen in allen Ländern ihr Leben frei von Furcht und Not verbringen können“. Der Sieg der Antihitlerkoalition im Krieg mit den Achsenmächten und die Gründung der vorgeschlagenen Organisation der Vereinten Nationen werden als größte Gelegenheit der Geschichte gewürdigt, in den kommenden Jahren die für einen solchen Frieden wesentlichen Voraussetzungen zu schaffen.

In Übereinstimmung mit dieser Zielsetzung würdigen die drei Regierungschefs den großen Wert der regelmäßigen Treffen der Außenminister in Jalta und ihrer Berater für den Erfolg der Krimkonfe-

renz. Sie beschließen, daraus einen permanenten Mechanismus zu machen, der regelmäßige Konsultationen zwischen den Außenministern ermöglicht. Diese sollen dazu so oft wie möglich zusammentreten, wahrscheinlich aller drei oder vier Monate. Beginnend mit London werden die Zusammenkünfte abwechselnd in den drei Hauptstädten abgehalten werden.

\*\*\*

### **Die historische Bedeutung der Konferenz von Jalta**

Das Abkommen von Jalta ragt in mehrfacher Hinsicht aus der Reihe der historisch bedeutsamen internationalen Abkommen des 20. Jahrhunderts hervor.

Das ergibt sich zum einen aus dem Charakter des von Hitlerdeutschland und dem faschistischen Japan entfesselten II. Weltkriegs. Der Krieg übersteigt an Menschenopfern und zerstörten materiellen Werten alles, was in der Geschichte jemals erlitten wurde. Waren im I. Weltkrieg auf den Schlachtfeldern Europas mehr als 8,5 Millionen Kombattanten gefallen, so sind es im II. Weltkrieg mehr als 22,5 Mio. Soldaten, die ihr Leben lassen müssen. Allein die Sowjetunion verliert ca. 14 Mio. Soldaten, Deutschland 5 Mio. Die genaue Zahl der Kriegstoten ist wegen der hohen Opfer des Krieges unter der Zivilbevölkerung unbekannt. Schätzungen reichen von 35 bis 52 Mio. Menschen. Der II. Weltkrieg hat Europa als verwüsteten Kontinent hinterlassen.

Die Hauptopfer der Aggression Hitlerdeutschlands sind Polen und die Sowjetunion. Polen verliert etwa ein Fünftel seiner Bevölkerung. Im Rahmen der Germanisierungs- und Vernichtungspolitik der Nazis werden vor allem Angehörige der polnischen Intelligenz systematisch umgebracht. Die Metropolen des Landes sind zu Ende des Krieges durch Kampfhandlungen und die „Strategie der verbrannten Erde“ nahezu völlig zerstört. Ähnlich große Zerstörungen erleiden die zeitweise von der deutschen Wehrmacht besetzten Westgebiete der Sowjetunion. Kampfhandlungen und eine systematische Tötungspolitik gegenüber der Bevölkerung kosten 7 Mio. Sowjetbürgern das Leben. Zudem wird beim deutschen Rückzug die gesamte Infrastruktur der sowjetischen Westgebiete zerstört.

Schwere Kriegsverluste muss auch Deutschland hinnehmen. Über 200 000 deutsche Zivilisten sterben bei den alliierten Luftangriffen und auf der Flucht aus den deutschen Ostgebieten. Vier Fünftel aller deutschen Städte über 100 000 Einwohner sind zerstört. Die deutsche Industrie liegt danieder, die Infrastruktur ist zusammengebrochen.

Die Ausmaße der Zerstörungen, noch mehr aber die Kriegsziele des Hitlerreiches und die zu ihrer Verwirklichung eingeleiteten Maßnahmen, machen deutliche, dass ein verbrecherisches Regime erstmals in der Geschichte willens und in der Lage ist, die physische Existenz ganzer Völker zu gefährden und Kultur und Zivilisation der Menschheit mit dem Niedergang zu bedrohen. Das erfordert eine neue Dimension der internationalen Friedenssicherung. Die Grundzüge des Jalta-Abkommens sind durch die Einsicht der Staatsmänner der Drei Mächte in diese Notwendigkeit bestimmt.

Es erscheint nicht abwegig, die historische Bedeutung von Jalta vor allem in der **Anerkennung des Prinzips der friedlichen Koexistenz** in den Beziehungen zur Sowjetunion durch die Regierungen der USA und Großbritanniens zu sehen. Auf der Krim bekräftigen die Drei Mächte, dass die Zusammenarbeit aller Staaten und insbesondere der Großmächte unabdingbar für die dauerhafte Sicherung des Weltfriedens ist. Nur durch sie lässt sich ein Zustand herbeiführen, in dem alle Menschen frei von Angst und Not leben können. Dieser Grundgedanke wird die Charta der Vereinten Nationen prägen. Er ist konstitutiv für die demokratische Umgestaltung des Völkerrechts, die 1945, von vielen Hoffnungen und Erwartungen begleitet, beginnt.

\* \* \*

Mit dem Sieg über Hitlerdeutschland und seine Verbündeten und Vasallen treten die Gegensätze in der Politik der Großmächte erneut in den Vordergrund. Sie ergeben sich aus den antagonistischen Zielen und Interessen der politischen und sozialen Kräfte, die sie repräsentieren.

Die **USA** sind bestrebt, ihre Position als führende Macht der kapitalistischen Welt zu festigen und weiter auszubauen. Als einzige der Drei Mächte, die aus dem II. Weltkrieg auch wirtschaftlich gestärkt

hervorgeht, bedienen sie sich dabei vorzugsweise Mittel der ökonomischen Einflussnahme (Marshallplan). Zusätzliche Disziplinierungsmöglichkeiten ergeben sich für die USA aus ihrer dominierenden Stellung als (zeitweilig einzige) Atommacht in der 1949 geschaffenen NATO. Unter dem Nachfolger Roosevelts, Harry S. Truman, kommt es zu einschneidenden Veränderungen der US-Amerikanischen Politik gegenüber der Sowjetunion. Die Verkündung der Trumandoktrin (Programm expansiver Interventionspolitik der USA, Ermächtigung zu militärischer Einmischung in anderen Staaten), der Koreakrieg, die Aufrüstung Westdeutschlands und seine Einbeziehung in die militante Blockbildung des Westens machen deutlich, dass nunmehr die Kräfte in den USA das Sagen haben, die in der Politik gegenüber der UdSSR statt auf Interessensausgleich und Kooperation im Sinne der internationalen Friedenssicherung auf Konfrontation und militärische Erpressung setzen. Sie gehen dafür die Risiken einer „Politik am Rande des Krieges“ ein.

**Großbritannien** ist durch den Kampf gegen Hitlerdeutschland an die Grenzen seiner ökonomischen Ressourcen gelangt. Es muss sich zudem mit den Auswirkungen der nationalen Befreiungsbewegungen auf seine dominierende Stellung im Commonwealth auseinandersetzen. Die britische Regierung sucht den Verlust seiner Großmachtstellung aufzuhalten, indem sie Sonderbeziehungen zu den USA herstellt. Im Ergebnis dessen tritt sie in allen Brennpunkten der internationalen Systemauseinandersetzung als Trabant der Amerikaner hervor. Dabei erweist sie sich als besonders hartnäckiger Verfechter militant antisowjetischer Positionen.

Mit ihrem entscheidenden Anteil am Sieg über die Achsenmächte hat die **Sowjetunion** den Status einer Weltmacht erlangt.

Der opferreiche Kampf der Roten Armee und des Sowjetvolkes insgesamt bringen ihnen Sympathien bei breiten Schichten der Bevölkerung auch in Westeuropa und den USA ein.

Zugleich sind die Ressourcen der Sowjetunion stark geschwächt. Die Verluste an Menschen und Material machen den Wiederaufbau zu einer schwierigen und langwierigen Aufgabe. Die Lebensverhältnisse der Bevölkerung bleiben auf lange Zeit bescheiden. Aber der Sieg über die faschistischen Aggressoren hat auch zur Festigung der politisch-moralischen Einheit des Volkes und zu einem starken Aufschwung des Sowjetpatriotismus geführt. Diese Festigung der inne-

ren Grundlagen der Sowjetmacht haben viele maßgebliche Vertreter der politischen Klasse in den westlichen Ländern nicht für möglich gehalten. Sie zeigen sich in dieser Frage ein weiteres Mal als Gefangene antikommunistischer Vorurteile und der antisowjetischen Propaganda ihres eigenen ideologischen Apparats. Die partielle Neubewertung des Gewichts und der Rolle der Sowjetunion in der Öffentlichkeit und schließlich auch in maßgeblichen Kreisen des Establishments im Westen stärken die internationale Position der Sowjetführung in den Nachkriegsjahren mehr als ihre militärischen Erfolge und territorialen Zugewinne im Ergebnis des Krieges.

Die sowjetische Führung nutzt die Krimkonferenz und ihre Ergebnisse einerseits um die Entwicklung in Ost- und Südosteuropa in eine Richtung zu lenken, die von ihren Sicherheitsinteressen bestimmt wird.

Sie folgt dabei traditionellem Sicherheitsdenken, das von einer spezifischen Situation Russlands als Kontinentalmacht ausgeht. Dem soll mit der Schaffung eines Glacis (Vorfeld) befreundeter bzw. abhängiger Staaten an den europäischen Grenzen der UdSSR entsprochen werden.

Zugleich sucht sie in ihrem Selbstverständnis als sozialistische Macht mit einer verbindlichen Vereinbarung des politisch-territorialen Status quo und seiner machtpolitischen Garantie die volksdemokratische und sozialistische Entwicklung in Polen, der Tschechoslowakei, in Ungarn, Rumänien und Bulgarien gegen äußere Einmischung abzusichern.

Es gehört seit Jalta zu den Stereotypen der antikommunistischen und sowjetfeindlichen Propaganda des Westens den originären Charakter der Entwicklung in **Osteuropa** zu bestreiten. Tatsächlich ist die volksdemokratische und sozialistische Umgestaltung der bisherigen Besitz- und Herrschaftsverhältnisse in diesen Ländern ebenso wie in Jugoslawien wesentlich das Ergebnis des Aufbrechens tiefer innerer sozialer und politischer Gegensätze. Dieser revolutionäre Prozess ist durch die Ereignisse des Krieges entschieden vorangetrieben worden. Die Anwesenheit der Roten Armee auf dem Territorium der genannten Länder hat die Position der Kommunisten und ihrer Verbündeten sicher gestärkt. Sie ist aber nicht die Ursache des eingetretenen Wandels.

Die Erwartungen, die breite werktätige Schichten mit dem volksdemokratischen Umbruch der ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnisse in ihren Ländern verbunden haben, erfüllen sich nur bedingt.

In der Folgezeit nutzen die Partei- und Staatsführungen der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten die Angriffe des Westens auf den in Jalta festgelegten politisch-territorialen Status quo in Europa als eine Möglichkeit zur Disziplinierung der eigenen Bevölkerung. Ein solches Vorgehen trägt auf spezifische Weise dazu bei, die Elemente der Erstarrung und der Repression im real existierenden Sozialismus zu legitimieren und voranzutreiben.

### **Der kalte Krieg und die Ergebnisse der Konferenz von Jalta**

Unter den Bedingungen des Kalten Kriegs spitzen sich die Auseinandersetzungen zwischen den Hauptmächten der Antihitlerkoalition um den politisch-territorialen Status quo in Europa zu. Zugleich verschlechtert sich das Verhältnis der USA und der Sowjetunion im Weltmaßstab. Der Abwurf der amerikanischen Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki beschleunigt das Wettrüsten in einer neuen nuklearen Dimension. Es entstehen immer neue internationale Krisenherde. Anstelle von einer gemeinsamen Verantwortung für den Weltfrieden und die Fortsetzung der Zusammenarbeit der Großmächte im Kriege in der Nachkriegszeit ist nunmehr vom „Gleichgewicht des Schreckens“ die Rede. Die „bipolare Welt“, die angeblich das Ergebnis von Jalta ist, scheint die unentrinnbare Perspektive der Menschheit.

In der Konfrontationsstrategie der herrschenden Kreise der USA und anderer westlicher Länder spielt die Polemik gegen die Krimkonferenz und ihre rechtlich-politischen Ergebnisse eine gewichtige Rolle. Beginnend mit der Fultonrede Churchills (offener Bruch mit den Grundsätzen der Antihitlerkoalition) vom 5. März 1946 verteufeln Politiker, Diplomaten und das Gros der Historiker und Publizisten des Westen nun die Ergebnisse von Jalta als „Eisernen Vorhang“, den Stalin heruntergelassen habe, „um in Osteuropa Moskau hörige Polizeistaaten errichten zu können“.

Bis zum berüchtigten „Reich des Bösen“ Präsident Reagans wird „Jalta“ zu einem Hauptargument des Westens im ideologischen

Krieg gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten in Europa. Mit ihm sollen die Politik des „Eindämmens“ und des „Zurückrollens“, die die USA und die NATO gegen die Sowjetunion einleiten, begründet und die vielfältigen Formen der Diskriminierung und Einmischung in den internationalen Beziehungen mit einem Anschein von Rechtmäßigkeit versehen werden. Die fortgesetzte Polemik gegen die Krim-Konferenz und ihre Ergebnisse spielt zugleich eine nicht unwesentliche Rolle bei der antikommunistischen Indoktrinierung der eigenen Bevölkerung.

Besonders intensiv beteiligen sich an der Diffamierung von „Jalta“ die Revanchistenverbände und revisionistische Politiker, Historiker und Publizisten aus der BRD, die nicht bereit sind, die Ergebnisse des Krieges und der Nachkriegsentwicklung in Europa zu akzeptieren.

Die Ursprünge ihrer Argumentation lassen sich dabei bis in die Auslassungen der nationalsozialistischen Propaganda in den letzten Wochen des Dritten Reichs zurückverfolgen. In einer Zeit, in der der deutsche Zeitgeist damit umgeht, den Tag der Befreiung am 8. Mai in einen Gedenktag der deutschen „Opferrolle“ umzuwidmen, ist auch ein erneutes Aufleben der reaktionären Geschichtsklitterung in Verbindung mit Jalta nicht verwunderlich.

Diese gefährliche Entwicklung ist jedoch nicht ohne Alternative. Als am 26. Juni 1945 Vertreter von 51 Staaten in San Francisco die Verfassung der Vereinten Nationen (UNO) unterzeichnen, wird ein entscheidendes Anliegen der Krimkonferenz realisiert: Die Schaffung einer weltweiten Sicherheitsorganisation. Das vor allem von dem Präsidenten der USA, Roosevelt, auf der Krim vertretene Projekt einer Organisation der Vereinten Nationen erfüllt zunächst kaum die mit ihm verbundenen Erwartungen. Die UNO steht voll im Schatten der Konfrontation der beiden Weltmächte und ihrer jeweiligen Klientel. In der Vollversammlung werden homerische Redeschlachten der gegenseitigen Verteufelung ausgetragen. Aber in der Charta selbst ist das zentrale Anliegen der Krimkonferenz festgeschrieben: einen institutionellen Rahmen für die weltweiten Anstrengungen zur Aufrechterhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit zu schaffen, in dessen Mittelpunkt die Verpflichtung der Großmächte zur Zusammenarbeit steht.

Zwanzig Jahre nach Jalta findet in Helsinki die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa statt. Die Initiative zu dieser Konferenz geht von den Staaten des Warschauer Pakts aus. Mehr als zwei Jahre wird seit Juli 1973 über den Vorschlag einer Sicherheitskonferenz in Helsinki verhandelt. Die Schlussakte der KSZE, die im Ergebnis eines Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs am 1. August 1975 unterzeichnet wird, enthält neben Aussagen zur Sicherheit auch umfangreiche Vorstellungen für die Entwicklung der Zusammenarbeit auf wissenschaftlich-technischem und humanitärem Gebiet. Unter den 35 Unterzeichnern befindet sich auch der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika.

Bereits im Vorfeld des KSZE-Prozesses hatten die Sowjetunion, die Volksrepublik Polen und die DDR entscheidende Schritte zur Normalisierung ihrer Beziehungen zur BRD unternommen. Am 12. 8. 1970 war der Moskauer Vertrag unterzeichnet worden, am 7. 12. 1970 der Warschauer Vertrag und am 21. 12. 1972 der Grundlagenvertrag.

Gemeinsam sind der UNO-Charta, der KSZE-Schlussakte und den genannten Verträgen das Bekenntnis zur friedlichen Koexistenz der Staaten. Von ihnen wird die Bereitschaft zur friedlichen Zusammenarbeit und zum Gewaltverzicht erwartet. Grundvoraussetzung ge-  
deihlicher Beziehungen ist in jedem Fall, dass der politisch-territoriale Status quo akzeptiert wird.

Die politische Philosophie der friedlichen Koexistenz, die den politisch-diplomatischen Entscheidungen in Zusammenhang mit den Konferenzen von San Francisco und Helsinki und in den Verhandlungen zu den sog. Ostverträgen zugrunde liegt, hat somit ihre entscheidende Ausprägung in den Auseinandersetzungen auf der Konferenz von Jalta erfahren. Das begründet im Wesentlichen die historische Bedeutung der Krimdeklaration. Jalta war mithin nicht der entscheidende Schritt zur „bipolaren Welt“. Die Konferenz hat vielmehr den einzig möglichen Weg gewiesen, wie die Menschheit unter den Bedingungen des Nebeneinanderbestehens von Staaten mit gegensätzlicher ökonomischer, sozialer und politischer Ordnung aus einem Zustand der Rundumkonfrontation und des Balancierens am Rande des Kriegers herausgehalten werden kann.

Internationale Verträge - wie gut sie auch immer ausgehandelt sein mögen - sind letztlich immer Ausdruck bestehender Kräfteverhält-

nisse. Auf ihrer Grundlage bewegen sich die politischen Aktivitäten der Kontrahenten hinsichtlich der Einhaltung oder Verletzung der geschlossenen Verträge.

In bezug auf die Krim-Deklaration verweist der englische marxistische Historiker Eric Hobsbawm auf diesen Zusammenhang:

„Die Regierungen beider Supermächte akzeptieren ... am Ende des II. Weltkrieges jene globale Machtverteilung ... die auf ein höchst ungleiches aber im wesentlichen vor Herausforderungen gesichertes Gleichgewicht der Mächte hinaus lief. Die Sowjetunion kontrollierte einen Teil der Welt beziehungsweise übte ständigen Einfluss auf ihn aus - auf die von der Roten Armee und/oder anderen kommunistischen Truppen am Ende des Krieges besetzten Gebiete - und versuchte nicht, diesen Einflussbereich durch den Einsatz von militärischen Mitteln auszuweiten. Die USA kontrollierten oder dominierten den übrigen Rest der kapitalistischen Welt, die westliche Hemisphäre und die Ozeane und übernahmen, was von der alten imperialen Hegemonie der ehemaligen Kolonialmächte übrig geblieben war. Im Gegenzug dafür intervenierten sie nicht in der Zone der anerkannten sowjetischen Hegemonie“.

Das vorausgeschickt, kann gesagt werden, dass die Ergebnisse der Konferenz von Jalta vor dem Hintergrund der Entwicklung des internationalen Kräfteverhältnisses und nicht zuletzt des atomaren Patts der Großmächte einen nicht unerheblichen Anteil daran hatten, Europa und der Welt über Jahrzehnte einen - wenn auch unsicheren - Frieden zu garantieren.